

Statements zur Konjunkturmfrage Herbst 2016

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Konjunkturrexperte Dirk Schlotböller

(Martin Wansleben)

Die konjunkturelle Dynamik lässt nach. Bislang haben uns Konsum und Bau bemerkenswert gut durch das Jahr getragen. Die Zuversicht für die weitere Geschäftsentwicklung in den nächsten zwölf Monaten geht jedoch leicht zurück. Weltweit fehlen noch immer Wachstumstreiber. Die Unternehmen **drosseln ihre Exporterwartungen**. Die Investitionen geben keinen wirklichen Impuls. Außerdem läuft das Konjunktur-Doping durch **Ölpreis und Wechselkurs** aus. Interessanterweise **spitzt sich der Fachkräftemangel** weiter zu und ist aus Sicht der Betriebe mittlerweile das **Top-Risiko**.

Für 2017 rechnet der DIHK mit einem Wachstum von 1,2 Prozent – deutlich weniger als 2016. Im laufenden Jahr wächst die Wirtschaft um 1,9 Prozent (Prognose Frühsommer: 1,5%). Das hatte zu Beginn des Jahres keiner gedacht. Positiv hat sich vor allem die Beschäftigung entwickelt – mit knapp 500.000 zusätzlichen Stellen (Prognose Frühsommer: 450.000). Im nächsten Jahr gehen wir von einem Plus von 450.000 aus. Damit geht der Beschäftigungsaufbau bereits ins zwölfte Jahr.

Das sind die wesentlichen Ergebnisse der DIHK-Konjunkturmfrage vom Herbst 2016. Grundlage sind mehr als 27.000 Unternehmensantworten, die von den Industrie- und Handelskammern (IHKs) ausgewertet worden sind.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Im Herbst 2016 sind die Unternehmen mit ihrer **Geschäftslage** noch zufriedener als im Frühsommer (Saldo: 36 nach zuletzt 34 Punkten). Die wirtschaftliche Entwicklung hat uns erneut positiv überrascht und ist nun schon seit rund drei Jahren bemerkenswert stabil (BIP-Wachstum 2014: 1,6%, 2015: 1,7%).

Insbesondere der **Bau** boomt – hier sehen die Betriebe ihre Geschäftslage so positiv wie nie zuvor (Saldo: 54 nach 41 Punkten). Der Wohnraumbedarf wächst besonders in den Ballungsgebieten. Außerdem sind Beschäftigung und Einkommen auf Rekordniveau. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig. Zugleich mangelt es aus Sicht vieler Anleger an attraktiven Anlagealternativen. Davon profitiert gerade der Hochbau (53 nach 46 Punkten).

Dem **Tiefbau** kommt zugute, dass die Mittel für zusätzliche Investitionen im öffentlichen Bau steigen. Folglich sind die Unternehmen mit ihrer gegenwärtigen Lage sehr zufrieden (51 nach 21 Punkten). Der aktuelle Anstieg der staatlichen Infrastruktur-

ausgaben kommt allerdings von einem niedrigen Ausgangsniveau. Unsicher ist, ob die Mittel auch dauerhaft fließen. Entsprechend zurückhaltend ist der Tiefbau in seinen Investitionsplänen (Saldo: -2 Punkte, Anteil Kapazitätserweiterungen nur 20%). Bei der Umsetzung der Maßnahmen mangelt es derzeit häufig an öffentlichen Planungskapazitäten in den Regionen.

Die gute Beschäftigungssituation, steigende Löhne und auch höhere Sozialausgaben sorgen derzeit für eine **starke Konsumkonjunktur**. Davon profitieren vor allem die Dienstleister (Saldo: 39 nach zuletzt 37 Punkten). Etliche Sparten bewerten ihre Lage in diesem Herbst so gut wie noch nie. Personenbezogene Dienstleister wie Waschsalons, Frisöre oder Kosmetikstudios, Saunen und Solarien, sowie das Gastgewerbe profitieren von der Konsumfreude und verzeichnen neue Höchststände bei der Lagebewertung (45 nach 40 Punkten; Gastgewerbe: 46 nach 35 Punkten). Der Bildungswirtschaft sowie den Gesundheits- und sozialen Diensten kommen auch die Ausgaben für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen zu Gute (45 nach 31 bzw. 55 nach 52 Punkten).

Aktuell erleben wir also noch einen goldenen Herbst. Die **Zuversicht der Unternehmen lässt aber in allen Wirtschaftszweigen nach** (Geschäftserwartungen insgesamt: 9 nach 12 Punkten). Interessant ist, dass nicht die Anzahl der Pessimisten steigt, sondern der Teil der Optimisten leicht zurückgeht. Die Exportindustrie sorgt sich etwas stärker um ihr Auslandsgeschäft (44%, zuvor 42%) und drosselt ihre **Exportenerwartungen** (Saldo: 16 nach 17 Punkten). Unter dem Strich sprechen die Einschätzungen der Unternehmen für einen flacheren Aufwärtstrend. Hierzu trägt auch die nachlassende Kraft der **Stützfaktoren** aus den letzten beiden Jahren bei.

Die Entlastung durch sinkende **Rohstoffpreise** kehrt sich allmählich um. Vor allem der Ölpreis (Ölpreis 2015: 53,66 USD; bei Fortschreibung des aktuellen Kurses 2016: 42,65 USD; 2017: 45,84 USD), aber auch Industrie- und Agrarrohstoffpreise ziehen langsam wieder an. Die Risikoeinschätzung der Unternehmen zu den Energie- und Rohstoffpreisen nimmt ausgehend vom Tiefststand der beiden Vorumfragen wieder leicht zu (von 24 auf 25%, in der Industrie um zwei Punkte auf 37%). Verbraucher spüren steigende Benzin- und Heizölkosten, was den Konsum dämpft.

Der **Euro-Wechselkurs** ist inzwischen äußerst stabil (2015: 1,11 USD/EUR (-17% ggü. Vorjahr); bei Fortschreibung des aktuellen Kurses 2016: 1,12 USD/EUR (+1%); 2017: 1,12 USD/EUR). Zuvor hatte die Euro-Abwertung maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die deutschen Exporte auch in einem schwierigen internationalen Umfeld vergleichsweise gut entwickeln konnten. Mittlerweile stärkt der Wechselkurs die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter.

Das schwache Wachstum und politische Krisen in vielen Regionen der Welt belasten die Aussichten der deutschen Exporteure. Von den Schwellenländern dürften wegen

der Schwäche vieler Förderländer und Chinas vorerst nur wenig positive Effekte ausgehen. Wichtige Industriestaaten wie die USA, Japan und auch einige europäische Länder weisen zwar eine gute Beschäftigungsentwicklung auf, investieren aber weniger als in vorherigen Jahren. Das dämpft die Importnachfrage. Insgesamt wächst der Welthandel nicht einmal so stark wie die Weltwirtschaft.

In einem attraktiveren wirtschaftspolitischen Umfeld könnte sich der weltweite Nachholbedarf bei den privaten Investitionen lösen. Auch der Aufholprozess der Schwellenländer ist längst noch nicht abgeschlossen. Eine konsequentere Ausrichtung der internationalen Wirtschaftspolitik auf Wachstum, Offenheit und Wettbewerb würde gerade der deutschen Exportwirtschaft zu Gute kommen. Insgesamt sorgt sich mehr als jedes dritte Exportunternehmen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die Betriebe nennen in ihren Freitextkommentaren beispielsweise drohende Instabilitäten, die Zukunft des Euro, das Erstarken nationalistischer Strömungen sowie aufkommenden Protektionismus als Risiken für ihre Geschäftstätigkeit. Auch der Brexit beunruhigt viele Betriebe – nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel. Etliche Unternehmen sorgen sich zudem um mögliche wirtschaftspolitische Verwerfungen infolge der anstehenden Wahlen in den USA und in Europa. Und schließlich machen geopolitische Risiken (Russland, Türkei, Naher Osten) oder die Bedrohung durch Terroranschläge der Wirtschaft Sorgen.

Das Top-Risiko für die Unternehmen ist allerdings der Fachkräftemangel. Fast jeder zweite Betrieb sieht deswegen seine Geschäftsentwicklung beeinträchtigt (48%, also 5 Punkte mehr als das zweitgrößte Risiko). Gesucht werden längst nicht nur Akademiker, sondern vor allem dual ausgebildete Fachkräfte und Azubis. Für Bau und Dienstleister ist der Fachkräftemangel inzwischen das größte Geschäftsrisiko (Bau: 69%, DL: 51%). Auch im Handel steigt das Risiko deutlich (41 nach 37%). Die Industrie hat im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen nicht ganz so große Probleme (40% im Vgl. zu 48% für die Gesamtwirtschaft). Unter dem Strich plant die Wirtschaft abermals mit Beschäftigungsaufbau (Gesamt: 6 Punkte wie in der Vorumfrage).

Neben dem Fachkräftemangel sorgen sich die Unternehmen auch um die heimische Wirtschaftspolitik. Auch hier hatten die Unternehmen die Möglichkeit, Freitextantworten zu den wirtschaftspolitischen Risiken zu geben. Die Betriebe nennen vor allem Bürokratielasten, Steuern und Abgaben, die Energiepolitik sowie mangelnde öffentliche Infrastrukturinvestitionen als Risikofaktoren. Insbesondere der Finanzsektor, aber auch Unternehmen aus anderen Wirtschaftszweigen, sehen die niedrigen Zinsen als Risiko. Einige Betriebe blicken darüber hinaus mit Sorgen auf den Bundestagswahlkampf und befürchten einen möglichen Stillstand. Vergleichsweise selten nennen die Betriebe die Zuwanderung von Flüchtlingen als Risiko.

(Dirk Schlotböller)

Aufwärtstrend flacher

Derzeit sorgen sich weniger Unternehmen um Rückschläge seitens der **Inlandsnachfrage** (Risikorückgang von 45 auf 43 Punkte). Gleichzeitig blicken die Binnenbranchen **weniger zuversichtlich** auf ihre künftigen Geschäfte. So sinkt der Saldo im Handel um fünf auf sieben Punkte, unter den Dienstleistern um drei auf acht Punkte und im Bau um elf auf fünf Punkte. Insgesamt können Einzelhandel und KFZ-Handel hingegen weniger am florierenden Binnenkonsum partizipieren (17 nach 20 Punkten bzw. 24 nach 27 Punkten).

Hohe Bautätigkeit kommt auch in verbundenen Branchen an

Der Bauwirtschaft vorgelagerte Sparten profitieren von der florierenden Baukonjunktur, etwa in der Herstellung von **Glas, Keramik und der Steineverarbeitung** (32 nach 22 Punkten) und **Zulieferer von Kies, Bausand oder Natursteinen** (34 nach zuletzt 21 Punkten). Auch Dienstleister partizipieren am Bauboom: **Architektur- und Ingenieurbüros** bewerten ihre Lage noch besser als zuletzt (56 nach 51 Punkten). Im **Garten- und Landschaftsbau / Gebäudebetreuung** bleibt die Stimmung weiterhin auf Rekordniveau (Saldo: 44 Punkte). Auch in der **Immobilienwirtschaft** bleibt die Lage unverändert gut (54 Punkte). Im Bau ist der Ausblick für die kommenden Monate zwar auch in diesem Herbst wegen saisonüblicher Rückgänge vor den Wintermonaten wieder weniger zuversichtlich, allerdings ist der Erwartungssaldo in der Bauindustrie der höchste Wert in einem Herbst seit der Wiedervereinigung.

Finanzierungsbedingungen unverändert, Finanzwirtschaft gebeutelt

Der Risikoanteil „**Finanzierung**“ liegt bereits seit Frühsommer 2015 konstant bei elf Prozent. Aus Sicht der **Kreditwirtschaft** sind die niedrigen Zinsen mittlerweile allerdings eine echte Belastung. Das Kreditgewerbe kämpft neben den Auswirkungen der Niedrigzinspolitik, auch mit der stetig zunehmenden Bankenmarktregulierung und Herausforderungen durch die Digitalisierung der Finanzwirtschaft. All dies schlägt sich nicht mehr nur in der Lagebeurteilung und den Geschäftserwartungen (Lagesaldo: 19 nach 31 Punkten, Erwartungen: -40 nach -37 Punkten), sondern auch in den Beschäftigungs- und Investitionsabsichten (Beschäftigungssaldo: -49 nach -47 Punkten, Investitionssaldo: -2 nach 7 Punkten) nieder. In keiner anderen Branche sorgen sich so viele Unternehmen um die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** (82%). Dabei nennen die Banken die **Niedrigzinsen** noch häufiger als Geschäftsrisiko als die engmaschige Finanzmarktregulatorik.

Die nach wie vor günstige Finanzierungssituation und die gute Konsumententwicklung stützen die **Investitionstätigkeit**. Im Handel und bei den Dienstleistern zeichnet sich

ein leichtes Plus ab. Besonders konsumnahe Branchen wie das Gastgewerbe oder Brauereien planen mehr Anschaffungen. Bau und Industrie planen allerdings nicht mehr so expansiv wie zuletzt, gerade der Fahrzeugbau. Investitionsschwung lässt weiterhin auf sich warten.

Gesundheits- und soziale Dienste suchen Personal – oft vergeblich

Kräftig einstellen wollen die Anbieter von Gesundheits- und sozialen Diensten. Mit einem aktuellen Beschäftigungssaldo von 37 Punkten (zuvor 25) erreichen die Einstellungspläne der Branche einen neuen Höchstwert. Die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen angesichts einer alternden Bevölkerung schlägt sich auch in den Beschäftigungsplänen von Krankenhäusern, Rehazentren oder Praxen für Krankengymnastik nieder. Die stärkere Gesundheitsorientierung in der Bevölkerung lässt die Nachfrage nach Dienstleistungen von z.B. Heilpraktikern, Homöopathen oder Ergo- und Physiotherapien ebenfalls steigen. Dafür benötigen die Betriebe qualifiziertes Personal – das wird jedoch immer mehr zum Engpass in dieser Branche. Das Risiko Fachkräftemangel verschärft sich weiter (76%; Vorumfrage 69%).